

Steuerdumping stoppen!

Steuerpolitik wird in Europa von den Nationalstaaten gemacht. So lautet die Theorie. Doch da der Kapitalverkehr in Europa nicht reguliert wird und es den Unternehmen frei steht, den Service von Steueroasen in Anspruch zu nehmen, werden die nationalen Steuersysteme zunehmend gar nicht mehr politisch gestaltet, sondern von der eiskalten Logik des Steuerwettbewerbs geprägt. Diese Logik ist auf einen einfachen Nenner zu bringen: Je mobiler ein Faktor, desto eher können Steuerbehörden erpresst und Steuererleichterungen durchgesetzt werden.

EU-weite Mindeststeuern für Unternehmen durchsetzen!

Wer schädliches Steuerdumping begrenzen will, kommt um europäische Regeln in der Steuerpolitik nicht herum. Dabei geht es nicht darum, allen EU-Staaten einheitliche Steuersätze zu verordnen. Nötig wäre allerdings die Festlegung eines Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne in Höhe von mindestens 40 Prozent, der von keinem EU-Land unterschritten werden darf.

Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!

Indirekte Steuern, die den Konsum belasten und ärmere Haushalte überproportional treffen, sind ein Instrument der Umverteilung von unten nach oben. Sie gilt es so niedrig wie möglich zu halten. Sinnvolle indirekte Steuern sind dagegen solche, die auf Umsätze an den Finanzmärkten erhoben werden. Es ist nicht einzusehen, dass der Kauf von Lebensmitteln stärker besteuert wird als der von Aktien und Finanzderivaten! Börsenumsatzsteuern und Devisentransaktionssteuern sind daher ein sinnvolles Mittel, um einerseits die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen und andererseits die irrwitzige und volkswirtschaftlich destabilisierende Spekulation in Aktien und Finanzderivaten zumindest weniger profitabel zu machen!

Für eine solidarische Steuerpolitik

Dass Konzerne und Vermögensbesitzer kaum noch Steuern zahlen, während auf der anderen Seite die Steuerlast, die von Beschäftigten oder Verbrauchern getragen werden muss, immer größer wird, ist ein Ergebnis politischer Entscheidungen. Diese sind umkehrbar! Alle Einkommen, gleich aus welcher Quelle, sollten progressiv besteuert werden, wobei die Spitzensteuersätze wieder deutlich angehoben werden müssten. Eine solche alternative Steuerpolitik ist möglich. Sie wird sich allerdings nur erzwingen lassen, wenn die Leidtragenden der herrschenden Politik sich endlich massenhaft zu Wehr setzen!

Kontaktadressen

Europabüro Berlin

Sahra Wagenknecht, MdEP
Krossenerstr. 9/10 - 10245 Berlin
Tel./Fax 030-212 38998
europabuero.berlin@sahrawagenknecht.de
www.sahrawagenknecht.de

oder:
Sahra Wagenknecht, MdEP
Unter den Linden 50 - 10117 Berlin
Tel. 030-227 70419
sahra.wagenknecht-assistant2@europarl.europa.eu

Europabüro Brüssel

Sahra Wagenknecht, MdEP
Europäisches Parlament
ASP 6 F 258 - Rue Wiertz
B-1047 Bruxelles
Tel. +32-228 45619
Fax +32-228 49619
sahra.wagenknecht@europarl.europa.eu

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Steuerflucht stoppen
Konzerne besteuern

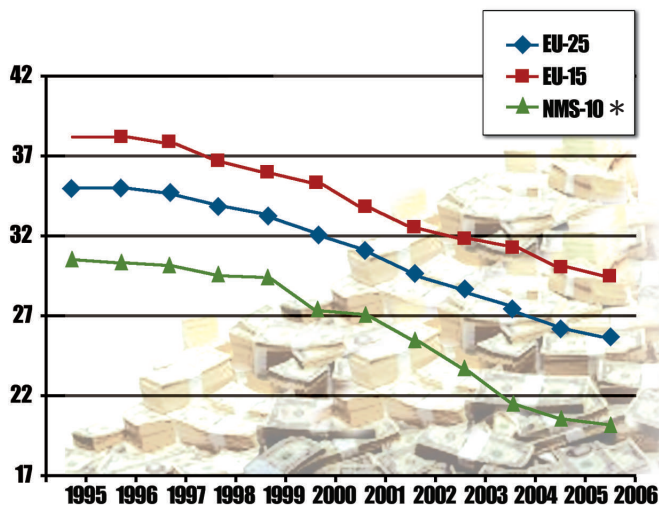


Sprudelnde Gewinne - sinkende Steuern

Soviel Profit war nie. Seit Jahren freuen sich deutsche Konzerne über zweistellige Wachstumsraten bei ihren Gewinnen. Mehr als die Hälfte der DAX-Konzerne erzielten im Jahr 2006 sogar den höchsten Gewinn ihrer Firmengeschichte. Der Allgemeinheit nützt dieser private Reichtum jedoch nur wenig. Der Grund: Die Unternehmen müssen immer weniger Steuern zahlen. Die Folge: Die Kassen sind leer und es wird immer brutaler bei Löhnen und Personal im öffentlichen Dienst sowie bei sozialen Leistungen gekürzt.

Die Sätze, mit denen Unternehmensgewinne in Europa besteuert werden, kennen inzwischen nur noch eine Richtung: steil nach unten. Seit Mitte der neunziger Jahre sank der durchschnittliche Körperschaftssteuersatz in den alten EU-Mitgliedstaaten von 38 auf 29,5 Prozent. Auch in den osteuropäischen EU-Ländern wurden die Körperschaftssteuersätze weiter gesenkt – obwohl die Unternehmen dort schon Mitte der neunziger Jahre kaum Steuern zu zahlen hatten.

Gesetzlicher Steuersatz auf Unternehmensgewinne



* Mit NMS-10 sind die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten aus Osteuropa gemeint

Während Konzerne Steuern sparen ...

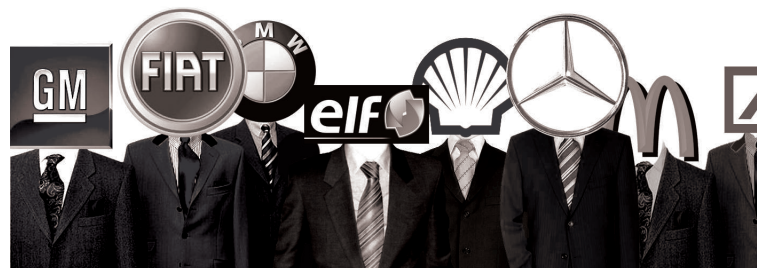
Dabei dürfte der reale Steuersatz noch weit niedriger liegen, da vor allem international tätige Unternehmen viele Möglichkeiten haben, ihren Gewinn klein zu rechnen. Beispielsweise können die Konzerngewinne durch Transferpreise in Länder mit niedrigem Steuersatz verschoben werden. Oder es werden Finanzierungsgesellschaften in Steueroasen gegründet, von denen aus Investitionen in aller Welt mittels Kredit finanziert werden. Die Zinsen auf diese Kredite können vor Ort von der Steuer abgesetzt werden. Dagegen fällt der Gewinn in der Steueroase an, wo kaum Steuern erhoben werden. Ganze Heerscharen von Steuerberatern sind damit beschäftigt, die Steuerlast von Unternehmen durch solche Konstruktionen zu minimieren.

... müssen Verbraucher immer mehr zahlen

Wenn Unternehmen immer *weniger* Steuern zahlen, müssen Verbraucher und Beschäftigte *mehr* Steuern zahlen, damit die Einnahmen des Staates nicht zusammenschrumpfen. Genau dies passiert: man denke an die Mehrwertsteuer, die im Januar 2007 gleich um drei Prozentpunkte erhöht wurde. Oder man denke an sogenannte Ökosteuern auf Strom, Gas, Benzin und Heizöl, die in den meisten EU-Ländern eingeführt oder erhöht wurden. Zwar mag man solche Energiesteuern aus ökologischen Gründen befürworten. Doch leider werden ausgerechnet energiefressende Industriekonzerne oft mit Ausnahmeregelungen bedacht, während private Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für elementare Dinge wie Strom, Gas oder Heizung verausgaben müssen. Da finanzschwache Haushalte unter Konsumsteuern am meisten leiden, trägt die Steuerpolitik zu einer weiteren Verschärfung sozialer Ungleichheit bei.

Deutschland 2007: Mehrwertsteuererhöhung kostet die Bevölkerung ca. 20 Mrd. Euro

Deutschland 2008: Unternehmen bekommen durch Steuerreform ca. 10 Mrd. Euro geschenkt



Deutschland = Vorreiter beim Steuerdumping

Angeblich sind die Unternehmenssteuern in Deutschland zu hoch, was der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft schadet. Tatsächlich sind die in Deutschland gezahlten Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen jedoch viel niedriger als anderswo in Europa. So tragen die Steuern, die Aktiengesellschaften und GmbHs auf ihre Gewinne zahlen, in Deutschland nur 2,4 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei. Im Durchschnitt der EU-15 sind es 7,8 Prozent. Zwar liegt der offizielle Steuersatz für Unternehmen bei 39 Prozent. Der Steuerexperte Prof. Jarass schätzt jedoch, dass nur 16 Prozent der Gewinne von Aktiengesellschaften und GmbHs tatsächlich an den Fiskus abgeführt werden. Dies ist sehr wenig im europäischen und internationalen Vergleich. Und trotzdem wird es 2008 neue Steuersenkungen für Unternehmen geben.

Von der Unternehmenssteuerreform 2000...

Schon im Jahr 2000 gab es in Deutschland eine Steuerreform, die den Dumpingwettbewerb in Europa durch Steuergeschenke an Unternehmen in Höhe von mehr als 20 Mrd. Euro massiv angeheizt hat. Damals wurde die Körperschaftsteuer von 40 Prozent auf 25 Prozent gedrückt; Steuern auf Veräußerungsgewinne wurden sogar ganz abgeschafft. Die Folge: Im Jahr 2001 haben die Unternehmen gar keine Steuern gezahlt, sondern noch 400 Mio. Euro vom Fiskus zurückbekommen. Die Reform war aber auch ein Förderprogramm für „Heuschrecken“ bzw. Private-Equity Fonds, die mit dem Aufkaufen, Ausschlachten und Weiterverkaufen von Betrieben viel Geld verdienen.

... zur Unternehmenssteuerreform 2008

An diese unsoziale Politik knüpft die Steuerreform 2008 an: Während den einfachen Leuten immer weitere Lasten zugemutet werden – man denke an die Kürzung der Pendlerpauschale, die Senkung des Sparerfreibetrags, die höhere Mehrwertsteuer, die steigenden Energiesteuern – möchte man den Konzernen, die ohnehin im Geld schwimmen, ein weiteres Steuergeschenk in Höhe von 10 Mrd. Euro machen. Ungerechtigkeit pur.